

# PRESSEMITTEILUNG



Mensaessen soll ab 2013 teurer werden: Juso-Hochschulgruppe fordert Bundesrat zum Stopp des Jahressteuergesetzes auf

Karlsruhe | 31.07.2012

„Das Jahressteuergesetz 2013, das am 25. Oktober mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition im Bundestag verabschiedet wurde, wird die Studierenden hart treffen. Die Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung der Studentenwerke würde zu einer Preiserhöhung für das Mittagessen in der Mensa führen. Es ist unverantwortlich, politisch darauf hinzusteuern, dass sich einige Studierende bald das Essen in der eigenen Mensa nicht mehr leisten können. Mehr noch birgt dies die Gefahr von Verdrängungseffekten hin zu Imbissbuden und Fast-Food-Ketten.“, so Niklas Horstmann, Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe.

*Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe*

Sprecher: Niklas Horstmann  
Pressesprecher: Martin Sand

*V.i.S.d.P.:*

Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe  
c/o UStA KIT  
Adenauerring 7  
76131 Karlsruhe

Auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion erklärte das Bundesfinanzministerium, dass die Essensversorgung nicht mehr als Leistung der sozialen Fürsorge und sozialen Sicherheit gelte und entsprechend nach EU-Recht besteuert werden müsse.

*Kontakt:*

niklas.horstmann@gmx.de  
+49 176 62907681

Horstmann erwidert darauf: „EU-Richtlinien müssen befolgt werden. Doch die Regelung verkennt die international einzigartige Symbiose von Hochschulen und Studentenwerken in Deutschland. Studentenwerke übernehmen grundlegende Sozialaufgaben für den Staat. Und dazu gehört auch die Essensversorgung. An dieser Stelle muss der deutsche Gesetzgeber einschreiten und auch einen Konflikt mit der EU riskieren, um die Steuerbefreiung aufrecht zu erhalten. Andernfalls müssen die Studentenwerke Kompensationsleistungen erhalten, damit das Mensaessen weiterhin bezahlbar bleibt.“

*Veröffentlichung:*

Honorarfreier Abdruck, Belegexemplar erwünscht. Bildmaterial auf Anfrage, sofern vorhanden.

Der Pressesprecher der Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe, Martin Sand, erklärt abschließend: „Die Argumentation der Bundesregierung ist unannehmbar. Die Essensversorgung ist ein Gut, das ohne Einschränkung gewährleistet werden muss. Die Rahmenbedingungen der Studierenden verschlechtern sich seit Jahren. Das Jahressteuergesetz verschärft diese Situation umso mehr. Selbst als BAföG-Empfänger wird nach Abzug der Wohnungsmiete das finanzielle Polster dünn. Wir fordern den Bundesrat auf, das Jahressteuergesetz am 23. November zu stoppen und in den Vermittlungsausschuss zu schicken.“